



Industrie- und Handelskammern  
in Bayern

# INFORMATIONEN

## FÜR PRESSE, FUNK UND FERNSEHEN

**Ihr Ansprechpartner**  
Katharina Toparkus

**Mail**  
katharina.toparkus@muenchen.ihk.de

**Telefon**  
089 5116-1227

**Datum**  
11.08.2021

### **Digitale Verwaltung: Bayerns Wirtschaft will bundesweite Plattform für Betriebe**

BIHK-Präsident Lutz: „Gutes E-Government ist wichtiger Standortfaktor“

München – Der Bayerische Industrie- und Handelskammertag (BIHK) unterstützt die Pläne des Bayerischen Digitalministeriums, für digitale Behördengänge eine bundesweite Plattform nur für Unternehmen aufzubauen. „Alle digitalen Verwaltungsleistungen für die Wirtschaft von sämtlichen Behörden in Deutschland müssen übersichtlich an einer Stelle auffindbar sein. Nur so wird die Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung ein Erfolg“, sagt BIHK-Präsident Klaus Josef Lutz. Eine solche Plattform sei ein dringend notwendiger Service, um die in der föderalen Struktur Deutschlands oftmals dezentralen Verwaltungslösungen für Nutzer aus der Wirtschaft sinnvoll zu bündeln.

Nach Angaben des Bayerischen Digitalministeriums hat jedes Unternehmen pro Jahr im Schnitt rund 200 Kontakte mit Verwaltungseinrichtungen, ein Vielfaches der Behördenwege von Privatpersonen. Noch größere Herausforderungen ergeben sich für Unternehmen mit mehreren Niederlassungen oder Betriebsstätten, zumal wenn diese in mehreren Bundesländern angesiedelt sind. „Das bundesweite Mosaik der Digitalisierung der öffentlichen Hand muss am Ende ein gut überschaubares und zugängliches Gesamtbild ergeben. E-Government wird immer mehr zum wichtigen Standortfaktor und muss sich an den Erwartungen der Nutzer ausrichten. Daher ist es höchste Zeit, den Bedarf der Unternehmen in den Fokus zu nehmen“, unterstreicht Lutz.

Der BIHK begrüßt, dass Bayern beim Bund einen Projektantrag für eine „Unternehmensplattform Deutschland“ eingereicht hat. Finanziert werden soll die Entwicklung als Infrastrukturprojekt aus Mitteln des Konjunkturpaktes. Eine zügige Umsetzung sei auch mit Blick auf das Onlinezugangsgesetz (OZG) sinnvoll. Demnach sollen bis 2022 alle Verwaltungsleistungen digital zugänglich sein. „Der Freistaat spielt weiter eine Vorreiterrolle bei der Digitalisierung der Verwaltung, zuletzt mit der Entwicklung des bundesweit einheitlichen Unternehmenskontos auf Basis der Elster-Technologie der Steuerverwaltung“, so Lutz. Die geplante Unternehmensplattform biete die Chance, dass Betriebe über eine Plattform alle digitalen Behördenleistungen auffinden können und der Zugang zu allen Diensten mit dem bundesweit einheitlichen Unternehmenskonto erfolgt.